Saarlouis, Montag, 25. Juli 1921.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 12 Mk. Mit der Post bezogen 15 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 41 mm Borgiszeile 1 Mk., b) für Reklamen 82 mm 2 Mk. Bei Wiederholungen gänzlicher Rabatt.

Nr. 160. 50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 22. Postscheck 20.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betrieb hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

Frankreich und England.

f. Paris, 23. Juli. Der Temps beschäftigt sich in seinem heutigen Leitartikel eingehend mit den englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten. Nachdem er nochmals darauf hingewiesen, daß Frankreich hinsichtlich der Lösung der oberschlesischen Frage Ruhe wünsche, führt er fort: Diese Frage ist so außerordentlich geworden, daß ein jeder von uns, der davon spricht, das unter Ausschaltung jeder Parteilichkeit und jeder Bitterkeit tun muß. Denen wir an die Menschenrechte, die bei einer falschen Lösung auf dem Spiele stehen könnten. Sehen wir einfachhin der Geschichte zur Sache zu verzichten und den Frieden aufzugeben, in dieser Reihe wollen wir einmal zurückgehen, die englischen Absichten indem, der Interessengemeinschaft Englands Rechnung und die Dinge von einem anderen aus betrachten. Lord Curzon, der Indien, wenn er zum Leiter der britischen Diplomatie berufen ist, der, unerschütterlich, ein so erfahrener Mann, als das er ist, die Geschicken des Aufgangs in Oberschlesien kennen könnte. Sowohl durch die Telegramme der Interalliierten Kommission wie durch die Berichte der britischen Stellen in Deutschland gesichtet, daß die Gesamtheit der Alliierten in Oberschlesien nicht gegen Deutsche und Polen sich sichtlich bereit, wieder zu den Waffen zu greifen. Welchen Gedanken kann man Großbritannien bei seinem Gesetzen auf einen unerschütterlichen Zusammentritt des Obersten Rates ohne weitere Verzögerung nach Oberschlesien zu senden, bei? Durch welche Mittel will es Blutvergießen verhindern? Die britische Regierung ist offenbar der Ansicht, daß sich die Lösung von selbst ergeben wird, wenn man rasch handelt. Hierin irrtum bis zu einem gewissen Grade ihre Ansicht mit der der alliierten Kommissare in Oppeln überein, die ebenfalls der Meinung sind, daß die Zustände bei einer weiteren Hinausschiebung der Entscheidung sich verschlimmern, oder sie sogar den Gedanken der Kommissare nicht bis zum Ende durch, sondern sie sich nicht weigern, die von ihnen verlangten Verstärkungen zu schicken. Warum weigert England sich der Absendung von Verstärkungen zur Sicherung des Obersten Rates? Offenbar, weil es der Ansicht ist, daß die gegenwärtige Regierung unfähig, die schon militärischen Abenteuer abgeraten hat, Kreise genug habe, den Gesellschaft und die andere Interessengemeinschaften in dem Teile Oberschlesiens, der Deutschland zugesprochen werden, aufrechthalten. Wenn der Kabinett Wirth im Januar gewollte, konnten diese Organisationen nicht in den den Polen zugesprochenen Teil eintreten. Aber die Polen antworten, so gern sie nicht stark genug, um in die beim Reich gebliebenen Teile einzudringen, aber doch stark genug, um deutsche Revolten in denen ihnen zugesprochenen Gebieten zu unterdrücken. Der Friede wäre also ausgeschlossen, wenn, so kam nach einige lokale Zwischenfälle nichts ändern würden. Die Alliierten Truppen können sich alsdann aus einem alle geteilten Oberschlesien zurückziehen. Das ist ohne Zweifel der englische Standpunkt. Damit die Entscheide aber den Sinn von London erhalten Ausdruck erhalten, müßten sich gewisse Bedingungen verwirklichen. Auf der einen Seite muß der Oberste Rat sofort in der Zeit vom 25. bis 30. Juli, wie die Engländer vorschlagen, seine Entscheidung treffen. Auf der anderen Seite muß der Kabinett Wirth am Ruder bleiben, und zwar nicht als ein Kabinettes Schiebe, sondern als eine Regierung, die sich ist, sich Gehorsam zu verschaffen. Ueberhaupt ist, der kompromißlosen Gründe für die einzige Entscheidung der Obersten Rates und die Entscheidung der Alliierten die Notwendigkeit, den Kabinett Wirth zu halten. Betrachten wir nun die Tatsachen von dem englischen Standpunkt aus, auf den wir uns einmal gestellt haben und versuchen mit die Aussichten, die sie eröffnen, zu zeichnen. Damit der Oberste Rat seine Aufgaben in diesen neun Tagen erfüllen kann, ist es notwendig, daß die alliierten Regierungen die Ordnungen, über welche sie sich schlüssig machen sollen, bestimmen. Welchen sind die Lösungen? Niemand weiß es. Die Oppeiner Kommission sowie Botschafter Botschaften, der Graf Sforza hat zwei Gesetzentwürfen vorgeschlagen, aber unglücklicherweise hat man sich zu Zeiten der Alliierten nicht mehr von Vorschlag geschwärmt. Wenn der Oberste Rat am 27. Juli zusammentreten würde, so bestände er sich gegenüberzugen von einem leeren Felde. Wieder Beirat, noch der Mutmaßlichkeit, noch gewisse philanthropische Strömungen, als Herr Bertoux einer für, noch die Verwirklichung für eine internationale Verwaltung eines Landes, von Bergwerke, Eisenwerke, Eisenbahnen, Wasserstraßen und Elektrizitätsanlagen einen zweckmäßigen Kabinett in dem polnisch-deutschen Verhältnisse bilden, ablehnen. Jedenfalls ist bereits, daß man für noch die Techniker vorzusehen muß. Nach unsere Informationen werden, daß die Mitglieder des Obersten Rates sich nicht ruhig machen, wie es tatsächlich ist. In Oberschlesien wurde jede der hinzlichen Parteien ihre Wünsche durchzusetzen und die Bestimmungen in beiträchtlichen Maßen die Polen wieder Stolzenau, wie im Mai, den Anfang machen? Würden die Deutschen, welche heute Mächte in sein scheint, das nicht auch tun? Vergleicht des Selbstverstehens ist es sehr wenig, zu Belang. Plötzlich würden beide Parteien, ehe noch der Oberste Rat zusammengetreten wäre, um ihn zu beschließen, in Wirklichkeit, „Stellen Sie die Ordnung her, würde Ihnen der Oberste Rat an Sie interalliierte Kommission in Oppeln telegraphieren.“ Wir haben Ihnen vorausgesagt, daß unsere militärischen Kräfte zu schwach sind, wollten die Kommissare erwidern. Sollten die alliierten Regierungen sich in dem Falle an das Kabinett Wirth wenden, von dem alle wünschen, daß er am Leben bleibt? Sollte man alsdann von ihm fordern, daß es sich als Beweis seiner Existenzberechtigung gegen den deutschen Aufstand in Oberschlesien wendet? Aber das Kabinett Wirth hat während der Monate Mai und Juni nicht hindern können, daß fortwährend in ganzen Reich detachiert und die Kreise mit Waffen und Munition nach Oberschlesien gesandt wurden, wie sie eine Armee bildeten. Warum sollte es mehr Gewalt im Juli und August, als im Mai und Juni haben? Sieht man ein Gegenteile nicht ein, daß die wiederholten Reden des Herrn Wirth das Kabinett in eine Lage gebracht haben, daß jede Zeitung Oberschlesiens seinen Sturz unwiderruflich herbeiführt? Der Kanzler hat, trotz um, niemals aufgehört, das ganze Oberschlesien für Deutschland zu fordern. Ist er dazu von seinem Kaiserhofe ermutigt worden? Hat er das gutheißen gefordert, um das Kabinett schon zu bekommen? Wir wissen es nicht, aber die Wirkung jeden war. Der ganze öffentliche Deutschland fordert heute ein ungeteiltes Oberschlesien. Die Parteien der Rechten, welche nach einem patriotischen Vorwand suchen, unter dem sie das Steuerprogramm des Herrn Wirth beseitigen können, würden es in alle Mittel hinzuschieben, daß die Teilung Oberschlesiens ein Verrat an Deutschland sei. Das deutsche Volk, ein unpolitisches Volk, wird ihr Geschrei als bare Münze hinnehmen. Und glaubt man das Kabinett Wirth sichern zu können, indem man eine unmittelbare Teilung Oberschlesiens vermeidet und glaubt man, das Kabinett Wirth auf dem Wege einer Teilung eher Widerstand geben zu können. Welch eine Verstrickung! Wir beschwören unsere britischen Alliierten, von dieser Illusionen abzulassen. Wenn sie eine rasche Lösung wollen, die Nationalgefühl dazu erkennen auch wie an, so dieses sie den besten, wenn sie sofort der Entsendung von Verstärkungen und der Zusammenberufung von Sachverständigen ihre Zustimmung geben. Mehrere heißt nichts mehr im Wege, im Monat August eine endgültige Entscheidung zu treffen.

dy. Paris, 23. Juli. Der Londoner Korrespondent des Havas Herald erklärt, es werde bekannt, daß zwischen Frankreich und England ernste Meinungsverschiedenheiten auch über den Umfang dieses bejaht, daß man sich über den Regierungsbezirk nicht einigen konnte. Obwohl Sir Herold Stuart seinen Namen unter eine gemeinsame Denkschrift an den Rat unterzeichnet hatte, in der die Truppenverstärkungen gefordert werden, erklärt das Havas Office gestern von ihm ein Telegramm, das die rasche Regierung als dringende Notwendigkeit bezeichnet, als Truppen gesandt werden oder nicht. In der Depesche wird gesagt, daß das normale Leben in Oberschlesien noch weiter aufgenommen werde und der Zustand sei gerade legal für eine Regierung, da die Lage und der Ernst beschäftigt seien. Nach Nachrichten aus diplomatischen Kreisen stimmte der französische Kommissar Najer engstlich Nachricht der Nach Lord Curzon und Herr George seien in Begriff, dem Rat d'Ordre diesen Standpunkt in höchst dringender Form für zu machen. In der Tonwelt Stuart werde mehrere offen gesagt, man befürchte, daß der französische Premierminister unter dem Einfluß jener Teiles der Nationalen öffentlichen Meinung suche, insbesondere der Meinung der Militärs, der auf eine völlige Niederwerfung Deutschlands aus sei.

f. Paris, 23. Juli. Während der „Matin“ und „Echo de Paris“ die Differenzen zwischen Frankreich und England zu schlichten suchen, meinen „Petit Parisien“ und „Temps“ die Möglichkeit einer Besetzung ab.

fl. London, 23. Juli. Sehr wahrscheinlich wird eine Einigung zustandekommen. England bittet den französischen Truppensendungen nach Oberschlesien zu, mäßigen Frankreich die sofortige Einberufung der Konferenz des Obersten Rates einmüthigst.

Die Lage in Oberschlesien.

dy. Hindenburg, 23. Juli. In Bischofsheim fand am Donnerstag abend wieder eine größere Schießerei statt. Dabei gab es einen Toten. Später trafen die Insassen der Nikolaifaßen mit den nahmen der Insassen größer Lastkraftwagen, d. h. von in Oberschlesien ansässigen oder nicht dort geborenen Personen die Karten ab und verhafteten sie. Die Polen verlangen, es solle eine rein polnische Gemeindewache gebildet werden, obwohl die Stadt Hindenburg sich mit 22.M. deutschen und 24.953 polnischen Stimmen in der Mehrzahl zum Deutschtum bekennt. Zurzeit hat Hindenburg Abordnungen keine Polizei. Die in Oberschlesien gebürtigen blauen Polizisten sind von der Interalliierten Kommission ausgewiesen worden. Die zurückgebliebenen Polizeimannschaften warten auf Benachrichtigung der Polen seinen Dienst tun. Der französische Kriegskommissar hat nichts, um diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen.

dy. Paris, 23. Juli. Der Londoner Korrespondent des Petit Parisien berichtet, man habe sich in England gefragt, ob der englische Text des bekannten Telegramms der interalliierten Kommission in Oppeln übereinstimme mit dem französischen Texte und ob nicht vielleicht ein Uebersetzungsfehler vorliege. Diese Gerüchte hätten die englische Regierung veranlaßt, eine Anfrage in Oppeln zu halten. Die Antwort auf die französische Note wird somit erst erfolgen, wenn die Aufklärung erfolgt ist. Der Korrespondent glaubt, alle Gründe zu der Annahme zu haben, daß, wenn die Französische Office und der Quai d'Orsay sich über die Lage in Oberschlesien aufgeklärt hätten, die britische Regierung, trotzdem sie den Standpunkt einer falschen Regierung der französischen Frage fehlbar, die Berechtigung der französischen Forderung nach Entsendung von Verstärkungen anerkennen werden.

dy. Paris, 23. Juli. Wie der Petit Parisien mitteilt, sind gestern abend dem französischen Botschafter in London neue Instruktionen zugegangen, die im gestrigen Ministerrat gebilligt wurden. Der französische Botschafter soll die englische Regierung benachrichtigen, daß Frankreich zweifellos geneigt sei, die oberschlesische Frage möglichst bald zu lösen, aber daß sie davon sicherlich, daß alle Garantien gesichert werden, damit die Ordnung nicht gestört werde. Deshalb verlangt die französische Regierung die sofortige Entsendung von Truppenverstärkungen, da die interalliierte Kommission von Oppeln so verlangt und die gestrige Sinderung von Sachverständigen, deren Rückkehr den Obersten Rat geschätzt, in voller Neuordnung der Dinge eine Entscheidung zu treffen.

Ein neuer Schritt wegen französischer Truppentransporte.

dy. Paris, 23. Juli. Wie der Petit Parisien zu wissen glaubt, ist der französische Botschafter in Berlin beauftragt worden, eine demarche bei der deutschen Regierung zu unternehmen, sie möge alle Verfügungen zum Transport von Verstärkungen nach Oberschlesien treffen, der erlassen werde, sobald Großbritannien seine Zustimmung gegeben habe.

— Berlin, 23. Juli. Der französische Botschafter fragte bei seinem heutigen Besuch beim Reichsminister des Auswärtigen Anstes Dr. Rosen, ob die deutsche Regierung erklären wolle, daß sie bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den Transport einer französischen Division zu treffen, die die französische Regierung nach Oberschlesien zu senden beabsichtige. Der Reichsminister des Auswärtigen erteilte dem französischen Botschafter heute abend nachstehende Antwort:

Herr Botschafter! Bei unserem Gespräche heute Sie mir mitgeteilt, daß die französische Regierung entschlossen sei, eine Division Hilfstruppen durch Deutschland nach Oberschlesien zu schicken und dauerhaft hierzu die Anfrage, ob die deutsche Regierung bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für einen raschen Transport dieser Truppen durch Deutschland zu treffen. Nach Rücksprache mit dem Herrn Reichskanzler beehre ich mich hierauf mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bereit ist, bezüglich der Transporte von Truppen der alliierten und assoziierten Mächte den Bestimmungen des Versailler Vertrages in jeder Weise nachzukommen. Indessen kann nach ihrer Auffassung das Ersuchen um Beförderung von Truppen nach Oberschlesien nicht von einer der drei Mächte im eigenen Namen, sondern nur im Namen der Gesamtheit der drei Mächte, welche die Bevölkerung Oberschlesiens ausschließen, gestellt werden. Ich bitte Eure Exzellenz daher um gewogte Mitteilung darüber, ob das Ersuchen in diesem Falle im Namen der drei Ostseepotenzen gestellt ist.

Die Abberufung Le Rouds.

dy. Moscow, 23. Juli. Die Gerüchte über eine Abberufung Le Rouds werden in hiesigen politischen Kreisen bestätigt.

Der Reichsminister für Wiederaufbau über den Stand der Verhandlungen.

fs. Berlin, 23. Juli. Der neue Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Rathenau hielt seine Regierungserklärung heute. Der Reichskanzler schilderte die Lage und den dringlichen Stand der Verhandlungen über die Fortsetzung der Reparationsleistungen und erklärte das Ziel der Regierung betreffend die Reparationen von Sachleistungen für den Wiederaufbau. Die Leistungen müßten zur gleichmäßigen Beschäftigung der Länder dienen, der Bergbau müsse entsprechend verteilt werden. Die Verpflichtungen müssen allgemeinen Gesichtspunkten und den Pflichten der Westen. Unter anderem werde heute noch unbedingte Reparationsleistungen unterlassen werden müssen.

Dr. Rathenau über die Wiedergutmachung.

fl. Berlin, 23. Juli. Dr. Rathenau wird am 27. Juli in einer Sondersitzung des Reichswirtschaftsamtes über die Reparationsverhandlungen sprechen. Im Anschluß daran wird Staatssekretär Dr. Wirth das Wort ergreifen.

Japan und die Abrüstungskonferenz

dy. London, 23. Juli. Times meldet aus New York, ein Telegramm des Philadelphia Public Ledger erklärt, daß die japanische Presse einstimmig berichte, die Regierung habe Hardings Einladung zu einer Konferenz über die Probleme des fernen Ostens aber Unbedingt angenommen beschlossen. Die Entscheidung müsse nach den dem bekannten diplomatischen Brauch gepreist werden. Indessen werde die Zustimmung dieser Konferenz für gesichert gehalten. Ferner wird gemeldet, daß der Regierung der Vereinigten Staaten Kriegsgerät bestimmt einen wichtige Besprechung der beteiligten Regierungsstellen mit einzelnen Vertretern des Handels und der Industrie über die wichtigsten Finanzfragen statt. Der Reichskanzler hatte sich bekanntlich der Mitarbeit einer Reihe von Sachverständigen in den Steuerfragen versichert. Verantwortlich haben eine Reihe von Schwierigkeiten zugeteilt, weitere Hindernisse sind noch zu überwinden, um ein Kompromiß zu finden, die Beratungen abgeschlossen, nachdem sich gestern auch Reichsbankpräsident von Havenstein und mehrere Großindustrielle beteiligten.

Amerikanische Pumpfurmerie.

— Berlin, 23. Juli. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von der Nachtkrisis die eine oder andere Behauptung in die Welt gesetzt wird, durch die man das Kabinett Wirth beim Volke in Mißkredit zu bringen sucht. Gestern wurde die Tendenz-Meldung verbreitet, daß dem Abg. Erzberger von der Reichsregierung ein nachträglicher Auftrag zur Vorsagung gegeben worden sei, um die neue Steuergesetzgebung zurückzuweisen. Es wird amtlich festgestellt, daß dies unwahr ist. Heute wird von der Deutschen Tageszeitung wieder eine Nachricht aufgetischt, an die gehässige Bemerkungen gegenüber der Reichsregierung geknüpft werden. Das Blatt will von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß Maximilian Harden, der bekannte Herausgeber der Zukunft, seine Reise nach den Vereinigten Staaten auf Veranlassung der Reichsregierung unternehme. Auch diese Nachricht ist, wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, vollständig aus der Luft gegriffen.

Abg. Trimborn schwer erkrankt.

— Bonn, 23. Juli. Staatssekretär a. D. Heinrich Carl Trimborn hat sich am Mittwoch in hiesigen Johanneshospital einer schweren Operation unterziehen müssen. Die von Geheimrat Corte vorgenommene Operation ist an sich gut verlaufen; infolge herzgeschwächter Herzschwäche war aber der Zustand des Patienten am Donnerstag sehr ernst. Am Freitag ist eine leichte Besserung eingetreten, so daß eine unmittelbare Lebensgefahr augenblicklich nicht besteht. Falls keine weiteren Komplikationen sich ergeben, ist zu hoffen, daß Fr. Abg. Trimborn nach sieben bis acht Wochen wiederhergestellt sein wird.

Zu allen Kreisen der deutschen Zentrumspartei wird man diese betrübende Nachricht von der bedenklichen Erkrankung des hochgeschätzten und verehrten Führers mit inniger Anteilnahme vernehmen und seiner gewiß gern im Gebete gedenken, daß der Allmächtige die Gebete erhören und ihn den Seinigen und der Partei erhalten wolle.

Ministerrücktritt.

f. Berlin, 23. Juli. Der württembergische Minister von Frankenstein erklärte, daß er am 8. Oktober vom Amte zurücktreten und nur die laufenden Geschäfte erledigen wird.

— Weimar, 23. Juli. In der gestrigen Sitzung des Thüringer Landtages erklärte Minister des Innern Frhr. v. Brandenstein, daß er wegen Meinungsverschiedenheiten in der Staatsregierung sich entschlossen habe, sein Amt niederzulegen. Auf Ersuchen des Gesamtministeriums sei er gewillt, die laufenden Dienstgeschäfte bis zum 8. Oktober, zu welchem Zeitpunkt der Landtag seine Verhandlungen wieder beginne, fortzuführen. Er bitte aber ihn zu diesem Termin in den Ruhestand zu versetzen.

Weiterhin seine Tariferhöhung bei der Eisenbahn.

dy. Berlin, 23. Juli. Die Oeffentlichkeit wird immer wieder durch ein Gerücht über bevorstehende Tariferhöhungen bei der Eisenbahn beunruhigt. Dem gegenüber wird amtlich festgestellt, daß im Reichsverkehrsministerium eine Erhöhung der Tarife im Personen- oder Güterverkehr zurzeit noch nicht erwogen wird.

Einstellung der Lieferung von Milchkühen.

f. Berlin, 23. Juli. Die Ablieferung von Milchkühen an die Entente ist vorläufig eingestellt worden, da diese sich im Interesse der Wiederaufbau mit der Ablieferung von trockenen Kühen und Rüben begnügen will.

England.

Rückkehr de Valeras nach Dublin.

fl. London, 23. Juli. Lloyd George hat in einer Kabinettssitzung seinen Kollegen ausführliche Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Irländern gemacht. Er unterrichtete sie aber die Ansichten de Valeras und James Greigs sowie über die Schlußfolgerungen welche er als Leiter der Regierung daraus gezogen habe. Die Vorschläge der britischen Regierung sind gestern de Valero unterbreitet worden. Derselbe wird sich voraussichtlich am Freitag abend über Sams-